

Archiv

Vorstand der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

6. MA 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/85

Bonn, den 3. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Unter einem schlechten Stern</u> Zum Vertriebenenkongreß der Unionsparteien Von Willi Jäger	70
3	<u>Auch östliche Hilfe für Ludwigsburg notwendig</u> Durch Schimpfen werden keine Kriegsverbrechen aufgeklärt	21
3	<u>Bild deutscher Leistungen</u> Zum Abschluß der Hannover-Messe	24
4	<u>Ministerwechsel in Griechenland</u> Wirtschafts- und Erziehungspolitik im Vordergrund Von Dr. Basil Mathiopoulos, Athen	47
5 - 6	<u>Wer wählte Wilson ?</u> Frauen gaben den Ausschlag für Labour-Wahlsieg Von Karl-Gustav Werner	99

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunschedtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Unter einem schlechten Stern

Zum Vertriebenenkongreß der Unionsparteien

Von Willi Jäger

Die CDU/CSU ist in den letzten Jahren mehr und mehr in der Gunst der Heimatvertriebenen abgefallen. In den Landsmannschaften und Organisationen des Bundes der Vertriebenen wird die Kritik an der Bundesregierung immer lauter. Die CDU verlor die Führung des großen Bundes der Vertriebenen, und die Ergebnisse der letzten Landtags- und Kommunalwahlen wirkten für diese Partei auch auf dem Vertriebenen Sektor alarmierend. Ihr Bemühen, das Verhältnis zu den Vertriebenen wieder zu verbessern, ist verständlich, zumal die Gesamtdeutsche Partei/BHE sich in diesem Jahr erstmals nicht zur Bundestagswahl stellt, wodurch ein beachtliches Wählerreservoir frei wird. Der am 3. und 4. Mai in Nürnberg stattfindende Vertriebenenkongreß der CDU/CSU soll nun, vier Monate vor den Wahlen, noch die Weichen für eine aktivere Vertriebenenpolitik der Unionsparteien stellen.

Zu Beginn der vierten Wahlperiode des Bundestages und in fast allen folgenden Regierungserklärungen wurden den Vertriebenen Verbesserungen des Lastenausgleichs, die Fortsetzung der bäuerlichen Eingliederung sowie eine verstärkte Pflege des heimatlichen Kulturerbes von der Bundesregierung versprochen. Auf dem CDU-Parteitag in Hannover im März 1964 ist dieser Katalog noch erweitert worden. Es wurde in Hannover beispielsweise eine Verlängerung der Ablaufristen für Aufbaudarlehen, eine ausreichende Alterssicherung für die ehemals beruflich Selbständigen und eine Keufassung der Finanzierungsrichtlinien für die landwirtschaftliche Siedlung der Vertriebenen gefordert.

Der Bundestagsabgeordnete Stingl hat auf dem diesjährigen CDU-Parteitag in Düsseldorf nicht ganz drei Sätze zu den sozialen Anliegen der Vertriebenen gesprochen. Nun steht man jetzt in Nürnberg vor der Tatsache, daß die Versprechungen der Bundesregierung bisher nicht oder nur ungenügend verwirklicht wurden. Das häufig gebrauchte Argument der Regierungssprecher, daß vom vierten Bundestag bereits zwei Lastenausgleichs-Novellen verabschiedet wurden, beeindruckt höchstens Sachkundige, da die 16. LAG-Novelle gegen erbitterten Widerstand der Regierung zustande gekommen ist und es sich bei der 17. Novelle um ein Fragment handelt, das jetzt durch eine 18. Novelle ergänzt werden soll. Der Mitte April von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf einer 18. Lastenausgleichs-Novelle ist allerdings auch so dürftig, daß seinetwegen der Bund der Vertriebenen

gemeinsam mit dem Bauernverband der Heimatvertriebenen in Kürze eine Arbeitstagung veranstaltet, die voraussichtlich in eine Protestkundgebung münden wird.

Die heimatvertriebenen Landwirte, deren "zweiter ostdeutscher Bauerntag" im Jahre 1962 ein flammender Protest gegen die Bundesregierung war, fühlen sich neuerdings brüskiert. Zwar ist durch das energische Eintreten des SPD-Bundestagsabgeordneten Reinhold Rehs als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Heimatvertriebene ein zweiter Fünfjahresplan zur Eingliederung der vertriebenen und geflüchteten Bauern verabschiedet worden, dessen Verwirklichung jedoch wegen Manipulationen beim Bundeshaushalt 1965 infrage gestellt ist. Ähnlich verhält es sich bei der Bereitstellung von Mitteln im Rahmen des Bundeshaushalts für die Pflege des ostdeutschen Kulturgutes. Die CDU/CSU hat die meisten ihrer Versprechen nicht erfüllt, sie hat sich vor allem um die berechtigten Forderungen der Heimatvertriebenen gedrückt und darüber hinaus entsprechende Anträge der SPD im Bundestag mit Hilfe ihres Koalitionspartners, der FDP, abgelehnt.

Der CDU-Kongress in Nürnberg steht aber nicht nur hinsichtlich der Sozialpolitik unter einem schlechten Stern. Trotz eines großen Aufgebotes an CDU- und CSU-Frominenz dürften die üblichen Bekenntnisse zu den Rechtsansprüchen der Heimatvertriebenen nicht mit ungetrübter Freude aufgenommen werden. Für einen Mißklang hat der französische Staatspräsident gesorgt, dessen UMR-Partei auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf offiziell vertreten war. Was man jahrelang durch Dekontis und "Klarstellungen" zu bemänteln versuchte, daß Präsident de Gaulle die Oder-Neiße-Linie als "Westgrenze Polens" ansieht, läßt sich seit einer Woche nicht mehr leugnen. Nicht nur der General selbst, sondern verschiedene seiner Minister und Parteirepräsentanten haben sich in diesem Sinne geäußert. Der Gromyko-Besuch in Paris und eine französisch-polnische Freundschaftswoche in Dijon sind die zuletzt bekanntgewordenen Beispiele der gaullistischen Haltung zu dieser wichtigen deutschen Frage. Die Verbandsvertreter, die an dem Parteikongress in Nürnberg teilnehmen, und die deutsche Öffentlichkeit erwarten eine Stellungnahme des Bundeskanzlers sowie der CDU- und CSU-Vorsitzenden zu diesen Vorgängen. Sie beunruhigen die deutsche Öffentlichkeit und in erster Linie die Millionen von Vertriebenen.

Auch östliche Hilfe für Ludwigsburg notwendig

Durch Schimpfen werden keine Kriegsverbrechen aufgeklärt

sp - Durch Kompetenzerweiterungen und eine bessere Besetzung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Erfassung von NS-Gewaltverbrechen soll nunmehr dafür Sorge getragen werden, daß die noch ungeklärten Fälle rechtzeitig vor 1969 bearbeitet werden. Von deutscher Seite dürften damit die Voraussetzungen für eine reibungslose Erfassung noch ungeklärter NS-Verbrechen gegeben sein. Anders sieht es dagegen mit der Zusammenarbeit zwischen der Ludwigsburger Zentralstelle und den Justizministerien der meisten kommunistisch regierten Länder aus. Erneut hat daher die Bundesregierung die Sowjetunion und den Ostberliner Generalstaatsanwalt aufgefordert, Vertreter der Ludwigsburger Zentralstelle zur Auswertung von Kriegsverbrecherarchiven einreisen zu lassen. Frühere Ersuchen dieser Art wurden bisher nicht beantwortet. Auch in einigen anderen kommunistisch regierten Ländern entschließt man sich nur schwer, die Archive zu öffnen. Tatsache ist, daß mehrere osteuropäische Länder, in denen Kriegsverbrechen begangen wurden, zum Teil sogar noch ungesichtetes Archivmaterial haben und nur ganz sporadisch die Ergebnisse der Archivüberprüfungen bekanntgeben. Wenn in diesen Ländern ein wirkliches Interesse an der Klärung aller Kriegsverbrechen besteht, müßte man sich dort sehr bald für die reibungslose Zusammenarbeit mit Ludwigsburg entscheiden. Dadurch, daß man immer nur auf "die Revanchisten in Bonn" schimpft, deckt man keine Kriegsverbrechen auf.

Bild deutscher Leistungen

Zum Abschluß der Hannover-Messe

sp - Die Hannover-Messe, letzten Sonntag abgeschlossen, hat alle bisherigen Rekorde übertroffen. An diesem Tage allein besuchten 250 000 Menschen diese Stätte deutschen industriellen Fleißes und Tüchtigkeit. Besucher aus 105 Ländern, 75 Delegationen aus Europa und Übersee bekräftigten ihr Interesse an den Produkten der deutschen Industrie. 5 900 Aussteller - ein Viertel von ihnen kam aus 29 ausländischen Staaten - füllten mit ihren Ausstellungshallen das schon zu klein gewordene riesige Messegelände. Die Hannover-Messe, eine Schöpfung der Nachkriegszeit, ist als internationaler Kontaktplatz nicht mehr wegzudenken, sie hat sich innerhalb von 15 Jahren einen Spitzenplatz erworben, den ihr niemand mehr streitig machen kann. Das besondere Merkmal der bisherigen Messe waren die ungewöhnlich hohen Vertragsabschlüsse bei allgemein stabil gebliebenen Preisen; darin dokumentiert sich der Glaube an eine anhaltende Konjunktur, alle Unkenrufe widerlegend. Die Ostblockstaaten, einschließlich der Sowjetunion, beanspruchten zum Unterschied von früheren Jahren für Hallen größere Teile des Messegeländes; sie konnten mit Erzeugnissen aufwarten, die so manche westliche Aussteller durch ihre Qualität überraschten. Noch wichtiger aber sind die von den Ostblockstaaten getätigten Käufe und Bestellungen; sie erreichten eine bisher nie gekannte Höhe. Auf diesem Gebiet bestanden keinerlei ideologische Hemmungen, wie sie die Politik belasten. Das läßt für die Zukunft hoffen. Eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung zwischen West und Ost kann der Erhaltung des Friedens nur förderlich sein und manche Barrieren abbauen.

Ministerwechsel in Griechenland

Wirtschafts- und Erziehungspolitik im Vordergrund

Von Dr. Basil Mathiopoulos, Athen

Die griechische Regierung hat eine kleine Kabinettsumbildung vorgenommen, in der Professor Andreas Papandreu, in Deutschland von seiner letzten Reise im Januar bekannt, das Amt des stellvertretenden Koordinationsministers übernommen hat und somit nach seinem fünfmonatigen Ausscheiden wieder ins Kabinett zurückgekehrt ist. In Athen betrachtet man Papandreu jr. als Vertreter progressiver Tendenzen innerhalb der regierenden Partei der Zentrumsunion. Er vertritt mit seinem fortschrittlichen Kurs fast die gleiche Linie wie der alte griechische Sozialdemokrat, der derzeitige Innenminister Tsirimokos. Der bisherige Staatssekretär für Presse und Information, Mylonas, einer der energischsten Politiker der jungen Generation, wurde Vizeminister für Kultur und Erziehung, dessen Ministerportefeuille der Regierungschef selbst innehält.

Es ist bekannt, daß die Regierung Papandreu die Erziehungspolitik als die Infrakstruktur in der Gesamtentwicklung des Landes betrachtet. Bedeutende Summen sind sowohl im vorigen wie auch im Haushaltsplan des Jahres 1965 für Kultur- und Erziehungszwecke zur Verfügung gestellt worden. Sie übersteigen insgesamt 15 Prozent des Gesamtbudgets. Staatssekretär für Presse wurde der bisherige Minister ohne Portefeuille, Vardinoyianis.

Das Jahr 1965 ist in Athen wiederum charakterisiert durch den Willen, die Wirtschaftsentwicklung des Landes zu beschleunigen, jedoch gleichzeitig die Stabilität der Währung und der Preise zu garantieren. Die letzten Statistiken bei der OECD bestätigen, die die Produktivität der griechischen Wirtschaft einen Aufschwung erlebt hat und die Geldwährung trotz der großen Ausgaben bei Investitionen, die für die soziale Politik verwendet wurden, stabil geblieben ist.

Die Frage der Arbeitskräfte spielt noch immer eine wesentliche Rolle für die Struktur der derzeitigen griechischen Gesellschaft. Die frühere Unterbeschäftigung und große Arbeitslosigkeit sind in den letzten eineinhalb Jahren kaum mehr spürbar. Auch der Strom der Auswanderer hat wesentlich nachgelassen. Die in der griechischen Verfassung garantierten Grundrechte der Bewegungsfreiheit und freien Entscheidung in der Wahl des Arbeitsplatzes sind und bleiben Grundprinzipien der demokratischen Ordnung Griechenlands. Die verstärkten Maßnahmen zur Ankurbelung der eigenen Wirtschaftskapazität und Hebung des Lebensstandards stoppen immer mehr die Abwanderung von Arbeitskräften.

Die von Ministerpräsident Papandreu anlässlich des griechischen Osterfeiertages am 25. April an die griechischen Arbeiter in der Bundesrepublik gerichtete Botschaft, sie sollten sich den deutschen Gewerkschaften anschließen, ist auch in Griechenland stark beachtet worden. In mehreren griechischen Industriebetrieben sind heute schon zahlreiche griechische Facharbeiter tätig, die nach mehrjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik in die Heimat zurückgekehrt sind und hier ihre auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet in Zusammenarbeit mit den deutschen Gewerkschaften erworbenen Kenntnisse nutzbringend für ihre Landsleute verwenden.

Wer wählte Wilson ?

Frauen gaben den Ausschlag für Labour-Wahlsieg

Von Karl-Gustav Werner

Welcher Kreis von Menschen wählte im vergangenen Herbst die Labour-Partei? Waren es hauptsächlich Arbeiter? Wählten die Frauen meist konservativ? Und wer wurde gewählt? Welche Berufe waren unter den Parlamentskandidaten vorherrschend? Die Beantwortung dieser Fragen kann viel über das politische Verhalten der Labour-Regierung aussagen und zu einer realistischen Beurteilung der heutigen Innenpolitik führen.

Eines der erstaunlichsten Ergebnisse der letzten Wahl ist die vom "National Opinion Polls", einem halbamtlichen Meinungsforschungsinstitut, festgestellte Tatsache, dass die Frauen den Ausschlag für einen Labour-Wahlsieg gaben. Das alte Vorurteil von den nur konservativ wählenden Frauen ist damit für diese Wahl eindeutig widerlegt. Verglichen mit der Wahl von 1959, gewann Labour 4 Prozent mehr Stimmen bei den Frauen, während der Stimmenanteil bei den Männern nur um 1,5 Prozent stieg. Allerdings ist insgesamt der weibliche Stimmenanteil für die Konservative Partei noch etwas grösser als für Labour. Labour gaben insgesamt 48,3 Prozent männliche und 41,7 Prozent weibliche Wähler ihre Stimme.

In den Altersgruppen wurde Labour besonders von den 25- bis 44-jährigen gewählt. In dieser Altersgruppe wählten 48,3 Prozent Labour, während das von den über 65-jährigen nur 37,8 Prozent taten. Der Wahlerfolg bei dieser Gruppe zeigt, dass es richtig war, beim letzten Wahlkampf besonders den sozialen Wohnungsbau, die Schul- und Universitätspolitik und die Lebenshaltungskosten herauszustellen. Die Altersgruppe von 25 bis 44 Jahren umfasst viele Ehepaare mit schulpflichtigen Kindern, die besonders empfindlich auf Wohnungsmieten, steigende Preise und Schulprobleme reagieren. Die Richtigkeit dieser Wahlkampfstrategie wird auch dadurch bestätigt, dass Labour mehr von verheirateten als von ledigen und geschiedenen Personen gewählt wurde.

Ein weiteres erstaunliches Ergebnis der Untersuchung des "National Opinion Polls" zeigt, dass von den ungelerten Arbeitern fast 31 Prozent die Konservative Partei gewählt haben. Das alte Schema der Klassenpartei erweist sich durch das Wahlverhalten der englischen Bevölkerung als völlig überholt. Labour erhielt von der untersten Einkommensschicht, die ungelerten Arbeiter und Rentner umfasst, nur 59 Prozent der Stimmen. Dagegen wählte ein Viertel der gehobenen Angestellten die Labour-Partei. Aus diesen Zahlen lassen sich natürlich nur allgemeine Tendenzen herauslesen. Aber eins ist sicher: Die alten Klischees von der Arbeiterpartei auf der einen und der bürgerlichen Partei auf der anderen Seite gehören auch in England in den Müllhaufen der Geschichte.

Eine weitere Überraschung ist für viele Betrachter die Zusammensetzung der Labour-Fraktion nach ihrem sozialen Herkommen. Die Hälfte der 317 Labour-Abgeordneten besitzt eine abgeschlossene Universitätsausbildung. Allein von Oxford-Colleges kamen 43 Abgeordnete, und aus Cambridge sind 19 Unterhausmitglieder hervorgegangen. Die Public Schools, die privat geführt werden und deren Besuch ein hohes Schulgeld erfordert, haben 39 Labour-Abgeordnete besucht. Dagegen haben nur 39 Abgeordnete, ungefähr 10 Prozent der Fraktion, Volksschulbildung aufzuweisen. Diese klei-

ne Statistik beweist, dass die Labour-Partei auch bei den gewählten Parlamentskandidaten Repräsentanten aus allen Schichten der Bevölkerung besitzt und seit langem zu einer Volkspartei geworden ist. Noch immer ist die grosse Mehrzahl der zehn Millionen Gewerkschaftsmitglieder gleichzeitig Mitglied der Labour-Partei. In der Fraktion ist aber die Zahl der Gewerkschaftsfunktionäre nicht höher als 43. Ihr stehen 46 Lehrer und Hochschullehrer und 46 Rechtsanwälte als die beiden grössten Berufsgruppen gegenüber. Die viertgrösste Gruppe ist mit 40 Repräsentanten die der Journalisten. Es gibt 7 Vorstandsmitglieder grösserer Konzerne, aber nur einen selbständigen Landwirt. 45 Abgeordnete haben als ihren Beruf Arbeiter angegeben. Die Berufe der Labour-Abgeordneten sind breit gefächert, und es gibt kein Monopol einer einzelnen Gruppe auf das Abgeordnetenmandat.

In der Altersgliederung schneidet die Labour-Partei nicht ganz so günstig ab. Allein 79 Abgeordnete sind älter als 61, und nur 50 Abgeordnete sind jünger als 40 Jahre. Die konservative Fraktion ist im Durchschnitt wesentlich jünger, und Labour wird das bei der Aufstellung der nächsten Parlamentskandidaten beachten müssen. Sehr erfreulich ist jedoch, dass in der 1964er Wahl mehr Frauen gewählt wurden als in jeder der vorangegangenen Wahlen. Von 89 weiblichen Parlamentskandidaten wurden 28 gewählt. Davon gehören 17 der Labour-Fraktion an.

Die Fraktion der Labour-Partei ist in Regierungsmitglieder und in die sogenannten Hinterbänkler geteilt. Häufig wird daran Kritik geübt, dass zu viele Parlamentarier ein bezahltes Regierungsamt ausüben. Von den 317 Labour-Abgeordneten haben 91 Abgeordnete ein - wie auch immer geartetes - Regierungsamt. Das ist fast ein Drittel der Fraktion. Das eigentliche Kabinett besteht aus 23 Ministern. Aber darum herum ranken sich Ministerstellen und Sekretärsposten, die zu dem sogenannten äusseren Kabinett gehören und mit Parlamentariern besetzt werden. Die Stellung des Premierministers in der Fraktion wird durch die grosse Anzahl der Regierungsmitglieder sehr gestärkt. In den letzten Wochen haben die Hinterbänkler schon mehrere Male mehr Rechte gefordert. Allerdings ist bei dieser Forderung zu bedenken, dass die Regierung bei ihrer knappen Überlegenheit von nur drei Stimmen auf eine kompakte und stabile Mehrheit angewiesen ist.

Wahlverhalten nach Alter 1964

	Stimmenanteil				
	insgesamt	21-24	25-44	45-64	65 u. älter
	%	%	%	%	%
Labour	44,8	48,8	48,3	43,7	37,8
Konservative	42,9	39,5	38,7	44,0	51,2
Andere	12,3	11,7	13,0	12,3	11,0

Wahlverhalten nach Einkommensgrenzen 1964

	insgesamt	A	B	C	D
	%	%	%	%	%
Labour	44,8	8,9	24,8	54,4	59,1
Konservative	42,9	74,7	60,7	33,9	30,9
Andere	12,3	16,4	14,5	11,7	10,0

- A = Höchste Einkommensschicht, die 10 % der Wahlberechtigten umfasst.
 B = Mittlere und höhere Angestellte, teilweise Selbständige, gleich 20 % der Wahlberechtigten
 C = Facharbeiter, untere Angestellte, gleich 40 % der Wahlberechtigten.
 D = ungelernete Arbeiter, Rentner usw., gleich 30 % der Wahlberechtigten.